Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 130 — **Dienstag, den 23. August 1927** — **45. Jahrgang**

Französisch-englischer Besatzungsgegensatz

England lehnt den französischen Standpunkt ab

London. Zur Räumungsfrage weiß der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ zu berichten: In hiesigen politischen Kreisen werde klar zum Ausdruck gebracht, daß die letzten Vorschläge der französischen Regierung über die Verminderung der alliierten Truppen im Rheinland für die britische Regierung unannehmbar seien. Man erwarte deshalb, daß ein neuer Gedankenaustausch in dieser Angelegenheit stattfinden werde. Die französische Besatzungsarmee im Rheinland sei genau viermal so stark wie die britische und belgische zusammen. Trotzdem lehne die französische Regierung es ab, ihre Armee um mehr als 5000 Mann zu vermindern und schlage vor, daß England und Belgien ihre Armeen um ebenfalls 5000 Mann vermindern sollten. Einer solchen unnatürlichen Verminderung würde London niemals seine Zustimmung geben, da dadurch Großbritanniens Einfluß im Rheinland auf den Nullpunkt verringert würde.

Dieser französische Vorschlag überrasche umsomehr, als der französischen Regierung schon seit geraumer Zeit bekannt sei, daß Großbritannien auf einer proportionalen Verminderung bestehe. Es sei möglich, daß dieser Vorschlag unter dem Druck der französischen Militaristen gemacht worden sei, um eine negative britische Antwort herauszufordern und London die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des militärischen Status quo im Rheinlande zuschieben zu können. Gleichzeitig veröffentlicht das genannte Blatt einen Bericht von Pertinax, wonach die Aussichten für ein französisch-britisches Uebereinkommen in der Frage der Besatzungsverminderung heute günstiger erscheinen, als bisher. Es habe den Anschein, als ob einige der von Briand in seiner letzten Note vorgebrachten Argumente in London sympathisch aufgenommen worden seien. Es sei wahrscheinlich, daß der Notenaustausch eingestellt und die ganze Frage zwischen dem englischen Auswärtigen Amt und dem französischen Botschafter in London besprochen werden würde.

Auch in den übrigen Blättern wird dem Räumungsproblem ernste Beachtung geschenkt. So veröffentlicht die liberale „Daily Cronicle“ eine Zuschrift des bekannten Sachverständigen für deutsche Angelegenheiten, Dawson, der für eine völlige Räumung der britischen Zone eintritt. Die Verantwortung für die wachsende Unzufriedenheit in Deutschland und die hieraus sich ergebenden ernsten Folgen zielen dann auf Frankreich. Letzten Endes müßte man sich fragen, warum der Locarnovertrag überhaupt abgeschlossen worden sei, wenn die Alliierten in Deutschland eine Art Belagerungszustand aufrechterhalten wollten. Das Blatt selbst teilt diese Ansicht Dawsons nicht ganz, tritt aber ebenfalls für eine beträchtliche Verminderung der Truppen ein.

Neue Bombenattentate in Amerika

Kleiner Belagerungszustand verhängt

Neuyork. Nach Meldungen aus Chikago ist dort ein neues Bombenattentat verübt worden. Drei Häuser sind beschädigt worden. Getötet wurde niemand. In der Nähe von Boston sind mehrere Radikale verhaftet worden, die angeblich ein Attentat planten. In einem Wald bei Boston hat die Polizei 400 Pfund Dynamit gefunden. Aus zahlreichen amerikanischen Städten kommen Meldungen über Massenverhaftungen.

Die Polizeikräfte in Neuyork sind auf 14 000 Mann verstärkt worden. Ungewöhnlich starke Polizeiwachen sind vor dem Totenhaus in Boston aufgestellt. — Wie soeben bekannt wird, hat die Schwester Vanzettis heute ihren Bruder besucht. Die beiden Verurteilten sollen heute etwas gefaßter sein.

Alle Demonstrationen, die für Sonntag angekündigt waren, sind auf Montag verschoben worden.

Belagerungszustand in Amerika

Neuyork. Im Zusammenhang mit der Verwerfung der Berufung im Falle Sacco-Vanzetti ist über sämtliche ostamerikanischen Städte und über Chicago der kleine Belagerungszustand verhängt worden. Urlaub an Polizeiangehörige wird nicht mehr bewilligt. Sämtliche öffentlichen Gebäude stehen unter verstärktem polizeilichen Schutz. In Chicago wurden bekannte Radikale unter besondere Polizeiaufsicht gestellt. Es werden neue Demonstrationen zugunsten Saccos und Vanzettis erwartet. Die Polizei hat Anweisung erhalten, die Demonstranten sofort zu zerstreuen, wenn Ausschreitungen zu befürchten sind.

Sacco und Vanzetti nahmen die Entscheidung sehr erregt entgegen. Vanzetti schrie nach einem Radioapparat, um einen Funkspruch an Alle erlassen zu können. Man glaubt, daß die Verteidigung Saccos und Vanzettis ein Gnadengesuch einreichen wird, das sich auf die Unzurechnungsfähigkeit der Verurteilten stützt. Die Presse kritisiert vielfach die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Massachusetts, jedoch nicht etwa aus Sympathie für die Verurteilten.

Das amerikanische Justizministerium zum Fall Sacco-Vanzetti

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Washington: Im Justizamt wurde offiziell erklärt: Weder die Bundesregierung noch das Justizamt, noch der Präsident der Vereinigten Staaten seien imstande, wegen Sacco und Vanzetti zu intervenieren, oder sie zu begnadigen. Sollten die Verteidiger nachweisen können, daß in dem bisherigen Verfahren die verfassungsmäßigen Rechte der Angeklagten verletzt wurden, so bestehe die Aussicht, daß das Oberbundesgericht diese Frage prüfe. Im übrigen aber müßten die Gesetze und die Strafprozeßordnung des souveränen Staates Massachusetts von jedermann respektiert werden.

Zusammenstöße wegen Sacco u. Vanzetti

Paris. Sonnabend fanden in Paris und Umgebung über 26 kommunistische Kundgebungen statt. Jede Versammlung wählte eine Abordnung, die beauftragt wurde, beim amerikanischen Botschafter gegen das ablehnende Urteil in dem Berufungsverfahren Sacco-Vanzetti zu protestieren. Die amerikanische Botschaft wird stark Tag und Nacht bewacht. Bei einer Protestversammlung kam es zu argen Zusammenstößen, wodurch über 15 Demonstranten und 15 Polizeiagenten erheblich verletzt worden sind. In Marseille geriet eine Gruppe von Arbeitern über den Fall Sacco und Vanzetti in Streit, der mit Revolverschüssen endete und einem Anarchisten das Leben kostete.

Eine litauische Protestnote an Deutschland

Königsberg. Nach einer Meldung der „Elta“ hat die litauische Regierung der deutschen Regierung eine Protestnote überreicht, wegen falscher und tendenziöser Nachrichten, die in der deutschen Presse in letzter Zeit verbreitet worden seien. Eine Bestätigung dieser Nachricht war an zuständiger Berliner Stelle bisher nicht zu erhalten.

Deutsche Vorstellungen in Kowno

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der deutsche Gesandte in Kowno nach informatorischen Besprechungen in Berlin nunmehr bei der litauischen Regierung vorstellig geworden. Es handelt sich um den Gesamtkomplex der Verstöße, die sich die drei im Memelland regierenden Instanzen, der Gouverneur, der Kriegskommandant und das ohne das Vertrauen eines Landtages regierende Landesdirektorium gegen das Memelstatut, sowie gegen die Genfer Versprechungen des Ministerpräsidenten Woldemaras haben zuschulden kommen lassen. In diplomatischen Kreisen Berlins ist man der Ansicht, daß nunmehr die litauische Regierung das Wort hat, um auf die genannten Instanzen im Sinne der Einhaltung ihrer Memeler Versprechungen hinzuwirken. Bis ein Ergebnis dieser Aktion vorliegt, wird sich die Reichsregierung evtl. weitere Schritte vorbehalten.

Tschangtsolins Einigungsversuche

Tientsin. Die Lage an der Yangtsefront ist einstweilen unverändert. Aus Nanking wird das Eintreffen der ersten Hankautruppen gemeldet. Aufsehen hat in Peking die Weigerung des Tupans von Schantung, an einer von Tschangtsolin einberufenen militärischen Konferenz der Nordtruppen teilzunehmen, erregt. Tschangtschungtschang begründet seine Absage mit dem Hinweis, daß er durch die strategischen Operationen in Anspruch genommen sei und die militärische Lage außerdem gar keine Konferenz erfordere.

Meuterei in einer griechischen Division

Wien. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Athen, kam es unter der in Ostmazedonien garnisonierten 9. Division zu einer Meuterei. Angeblich auf kommunistische Anstiftung verlangten die Soldaten, unverzüglich nach Hause entlassen zu werden. Die meuternde Division wurde von Regierungstruppen umzingelt und ergab sich, als man drohte, das Feuer auf sie zu eröffnen. Die Rädelsführer wurden verhaftet und die Ordnung nach amtlichen Versicherungen vollkommen wieder hergestellt.

Die polnische Außenpolitik

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Konsolidierung der polnischen Außenpolitik in den letzten Monaten ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Wer im Mai vorigen Jahres an die Uebernahme der Staatsgewalt durch Pilsudski, dessen militaristische Gesinnung bekannt war, Befürchtungen bezüglich einer Wendung der polnischen Außenpolitik nach der imperialistischen Seite hin und Entscheidung von Zwischenfällen im imperialistischen und agrivistischen Sinne knüpfte, wer noch anläßlich des Regierungsputsches in Litauen eine bewaffnete Intervention seitens Polens bangen Herzens erwartete, der konnte in dem Verhalten der Regierung während und nach dem Wojkow-Konflikt mit Deutlichkeit erkennen, daß man in Warschau nicht die geringste Absicht hat, von der einmal festgelegten, außenpolitischen Richtlinie, die etwa in der Erlangung des Ratssitzes im Völkerbunde ihren Ursprung genommen hat, auch nur ein klein wenig abzuweichen. Im Gegenteil: Polens Beziehungen zu seinen Nachbarn haben sowohl im Osten als auch im Westen eine deutliche allseitige Besserung erfahren, was umsomehr anzuerkennen ist, als die allgemeine außenpolitische Konstellation — man berücksichtige den gesamteuropäischen Komplex von England bis Rußland — eine gewisse einseitige Bindung besonders zu fördern durchaus geeignet ist. Das polnische Verhältnis zu Deutschland, das vom großen Ausland — etwa von den amerikanischen Bankiers bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit Polens — als Probierstein für seine äußere Festigung und Sicherheit angesehen wird, hat sich im Laufe der letzten Monate zweifellos in einem günstigen Sinne geändert; es ist nicht so lange her, daß der Außenminister Zaleski, unter Berührung der Frage Pommerellen, ungeheuer scharfe Worte Deutschland gegenüber anwendete und sogar von Krieg und Kriegsgefahr sprach. Als aber der Staatspräsident vor kurzem in Pommerellen weilte, war seine Rede ruhig und sachlich gehalten und enthielt keinerlei außenpolitische Drohungen — nebenbei gesagt, zum großen Schmerz der Nationaldemokraten, deren Ausschaltung von jedem Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte und auch der Außenpolitik als der einzige Erfolg des Maiumsturzes angesehen werden kann. Hand in Hand mit der Entspannung der politischen Gegensätze, die sich unter anderem in dem Nachgeben Polens in der Niederlassungsfrage bei den Handelsvertragsverhandlungen äußert, einer Frage, die polnischerseits bisher eben nur politisch bewertet wurde, geht eine Annäherung beider Länder auf wirtschaftlichem Gebiet vor sich, die, wie zu hoffen ist, auch den Abschluß des Handelsabkommens endlich ermöglichen wird. Die Aufnahme der normalen Handelsbeziehungen wird sich aber wiederum politisch und kulturell günstig auswirken, was auch von dem polnischen Volk begrüßt werden dürfte. Man braucht sich bloß in diesem Zusammenhang an den Empfang Thomas Manns zu erinnern, um sich in dieser Beziehung eines optimistischen Urteils nicht enthalten zu müssen.

Der zweite wichtigste außenpolitische Gegenspieler Polens ist Rußland. Wenn von seiten der Sowjets der Vorwurf erhoben wird, daß Polen die Wünsche der russischen monarchistischen Kreise teile, die auf eine Wiederherstellung der Monarchie in Rußland hinsteuern, so ist diese Behauptung, die wohl auch mehr zu innerpolitisch-propagandistischen Zwecken aufgestellt wird, durchaus nicht zutreffend. Polen weiß nur zu genau, daß ein mächtiges imperialistisches Rußland die größte Gefahr für die Unabhängigkeit des polnischen Staates, zumindest für seinen heutigen Besitzstand, bildet, und hat somit nicht das geringste Interesse daran, an der Aufrichtung eines solchen Reiches womöglich sogar aktiv mitzuhelfen. Selbstverständlich bedeutet auch ein kommunistisches Rußland eine latente Gefahr für Polen. Aber solange Polen es verstehen wird, weniger dieses Rußland, als den Kommunismus innerhalb des eigenen Staates von sich fernzuhalten, solange braucht diese Gefahr nicht allzu ernst genommen zu werden. Wir sind eben erst Zeuge davon gewesen, wie anläßlich des Woikow-Konfliktes mit größter Schnelligkeit alle Steine des Anstoßes von Polen aus dem Wege geräumt wurden, und so kann man nun mit aller Zuversicht feststellen, daß der russisch-polnische Konflikt vollständig liquidiert ist. Die polnischen Bemühungen um die Herstellung nachbarlicher Beziehungen mit Rußland gehen sogar, wie man weiß, noch weiter und haben zum Zweck eine noch engere Bindung beider Staaten. Daß diese Bemühungen allerdings in der von Polen beabsichtigten Form wenig Aussicht auf Erfolg haben, gehört nicht mehr hierher und ist auch schon vor einiger Zeit in anderem Zusammenhang an dieser Stelle besprochen worden.

Laurahütte u. Umgebung

Noch Gemeindevertretersitzung

Wir haben Gelegenheit genommen, uns über die Ursachen bezügl. des Umschwunges in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie zu informieren und berichten heute über die Ansichten der deutschen Wahlgemeinschaft hierzu. Soweit wir informiert werden, lag ein sachlicher Grund zu diesem Umschwunge nicht vor. Als seinerzeit bekannt wurde, daß der Protest gegen die Wahl in Siemianowice abgelehnt worden ist, traten die deutsche Wahlgemeinschaft und die deutsche Sozialdemokratie zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Hierbei wurden schriftliche Richtlinien aufgestellt, in denen Punkt 3 wie folgt lautet:

Ist ein Ausgleich nicht herbeizuführen, insbesondere in religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, so bleibt es in diesen Fällen den Gemeindevertretern bezw. Schöffen unbenommen, in Rede und Abstimmung ihre Sonderauffassung zum Ausdruck zu bringen. Für jeden Fall ist jeder Gemeindevertreter und Schöffe gebunden, seine Sondermeinung bei den Zusammenkünften klar zum Ausdruck zu bringen, damit über ein eventl. Stimmenverhältnis Klarheit herrscht. Der letzte Punkt dieser Richtlinien, also Punkt 13 lautet wörtlich:

Sämtliche Vertreter und Schöffen verpflichten sich durch Unterschrift vorstehender Richtlinien, sich unbedingt an diese Richtlinien zu halten. Sollte aus irgend welchen Gründen der eine oder andere Vertreter der zusammengeschlossenen Parteien glauben, sich an vorstehende Richtlinien nicht mehr halten zu können, dann erklärt er, moralisch verpflichtet zu sein, sein Amt als Vertreter oder Schöffe niederzulegen. Aus der persönlichen Ueberzeugung darf in diesem Falle keinem Mitgliede der zusammengeschlossenen Parteien irgendein Vorwurf nach innen wie nach außen gemacht werden.

Aus diesen Punkten geht klar hervor, daß keinerlei Gewissenszwang gegen irgend einen Gemeindevertreter ausgeübt werden konnte. Bedingung war nur, seiner Meinung klaren Ausdruck zu verleihen. Bei der Ausarbeitung des Antrages der deutschen Fraktionen, Punkt 10 der letzten Tagesordnung, hat Herr Mlotzek mitgewirkt. Es bestand über diesen Punkt keinerlei Meinungsverschiedenheit. Wenn Herr Mlotzek in der Gemeindevertretersitzung erklärt hat, er habe von dem Inhalt des Antrages keine Kenntnis gehabt, bezw. wäre nicht orientiert gewesen, und habe den Antrag doch unterschrieben, dann ist es sehr bedauerlich, daß seine Fraktionsgenossen ihn mit dem Amte eines Betriebsrates betraut haben. Wir überlassen das Urteil hierüber der freien Meinung jedes anständig denkenden Menschen.

In einer Besprechung, die kurz vor der letzten Gemeindevertretersitzung stattfand, und an der Herr Mlotzek teilnahm, gab er die Erklärung ab, daß er und seine Parteigenossen sich in Zukunft an der Zusammenarbeit mit den deutschen Parteien nicht mehr beteiligen werden. Bis auf einen seiner Parteigenossen haben alle anderen anwesenden Parteigenossen diesen Ausführungen des Herrn Mlotzek widersprochen und sich lebhaft dagegen verwahrt, sich auf den Standpunkt des Herrn Mlotzek zu stellen. Herr Mlotzek oder ein anderer seiner Parteigenossen hat in dieser Sitzung kein Wort davon verlauten lassen, daß sie gegen den Punkt 10, Antrag der deutschen Fraktionen Stellung nehmen werden. Es liegt also ein grober Verrat gegen die Richtlinien, die Herr Mlotzek und seine Parteigenossen durch Unterschrift sich zu eigen gemacht haben, vor.

Wir können nur noch einmal wiederholen, was wir schon vorhin sagten, daß wir das Urteil über die Handlungsweise dieser Herren der Oeffentlichkeit überlassen müssen. Wir müssen aber ausdrücklich betonen, daß ein Parteigenosse des Herrn Mlotzek das durch seine Unterschrift gegebene Wort gehalten hat.

Soweit die Ausführungen der deutschen Wahlgemeinschaft.

Wir unsererseits möchten uns nur noch mit dem Verhalten der Galerie während der Sitzung befassen, da die „Gazeta Siemianowicka" Unrichtigkeiten hierüber bringt. Sie schreibt unter anderem, daß Herr Knappik vom Herrn Bürgermeister gerügt worden wäre, weil er Lärmszenen verursacht habe. Eine Erwiderung hierauf wollen wir dem Herrn Bürgermeister überlassen. Wenn die „Gazeta Siemianowicka" hier eine Unrichtigkeit bringt, so wundern wir uns nicht darüber, daß sie nichts darüber sagt, daß unter den Radauhelden auf der Galerie sich sogenannte höhere Gemeindebeamte befunden haben, einer davon sogar im besoffenen Zustande.

Wir behalten uns weitere Artikel vor.

Betrifft Grundsteuer für das Jahr 1927/28. Auf Grund des Artikels 3 des Finanzgesetzes vom 14. 4. 1924 und der Wojewodschaftsverfügung vom 8. Juli 1926, werden zu der üblichen Grundsteuer 100 Prozent Zuschläge für die Gemeinde erhoben. Die Zahlung kann in zwei Raten erfolgen, und zwar die erste Rate sofort, die zweite Rate am 15. Oktober d. J. Die Steuerveranlagungsliste liegt zur allgemeinen Ansicht 14 Tage lang im Zimmer 10 der hiesigen Gemeinde aus.

Amtlich verbotene Schaufensterreklame. Schon vor einigen Wochen machten wir auf die Verunzierung der Schaufenster aufmerksam, die durch allerlei Zettel und Plakate ganz verunstaltet werden. Jetzt hat die Behörde eingegriffen, zumal festgestellt wurde, daß sogar Plakate von Vereinen unter Umgehung der Plakatsteuer in Schaufenstern, Plakatsäulen und allerlei Zaunpfählen aufgeklebt werden. In Zukunft wird jeder Verein, der ungestempelte Plakate zum Aushang bringt wie auch jeder Schaufensterinhaber, in dessen Geschäft solche ungestempelte Plakate prangen, zur Verantwortung gezogen werden.

Verband der stellungslosen Kopfarbeiter, Ortsgruppe Siemianowitz. Am Donnerstag, den 25. August, nachmittags 5 Uhr, findet bei Wzatek die fällige Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen, bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben.

Das Komitee für Arbeitslosenfürsorge in Kattowitz hat festgestellt, daß der Paragraph 5 der Bestimmungen über Arbeitslosenfürsorge vom 4. August 1926 über Arbeitslose, die länger als 13 Wochen Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen, nicht bei allen untergeordneten Behörden ihre genaue Anwendung gefunden haben. Der vorerwähnte Artikel 5 lautet: Die Unterstützungen werden auf Grund des Artikels 11 des Gesetzes betreffs Gewährung von Beihilfen an Erwerbslose unter Berücksichtigung eventl. Erhöhung der Beihilfen von der Regierung in Vereinbarung mit Punkt 4, Paragraph 1 genannter Verfügung in folgender Höhe der wöchentlichen Beträge gewährt: Für einen alleinstehenden ledigen Mann 11 Zloty, für andere zur Unterhaltung verpflichteten bis 2 Personen 13 Zloty, 3—5 Personen 16 Zloty, für über 5 Personen 19 Zloty. Höhere Beihilfen dürfen vorderhand nicht gezahlt werden und wo dies der Fall sein sollte, müssen die Beihilfen dementsprechend geändert werden.

Höchstpreise gültig ab 17. August 1927. Ab 17. August 1927 treten folgende Preise in Kraft und verstehen sich in Groschen pro Pfund: Rindfleisch 1. Sorte am Markte 150, im Laden 160, 2. Sorte am Markte 130, im Laden 140. Schweinefleisch 1. Sorte am Markte 190, im Laden 200, 2. Sorte am Markte 170, im Laden 180. Speck bis 4 Zentimeter stark am Markte 240, im Laden 240, unter 4 Zentimeter stark am Markte 230, im Laden 230. Kalbfleisch 1. Sorte am Markte 140, im Laden 150, 2. Sorte am Markte 100, im Laden 110. Krakauerwurst am Markte 210, im Laden 230. Leberwurst 1. Sorte am Markte 210, im Laden 230, 2. Sorte am Markte 160, im Laden 170. Preßwurst 1. Sorte am Markte 190, im Laden 200, 2. Sorte am Markte 150, im Laden 160. Knoblauchwurst am Markte 180, im Laden 190. Polnische Wurst am Markte 160, im Laden 170. — Weizengrieß 58, Weizengrießmehl 55, Weizen-Auszugsmehl 53, 60prozentiges Weizenmehl 48, 70prozentiges Roggenmehl 37, Farinzucker 74, Schrotbrot 31, 70prozentiges Roggenbrot 34, 65prozentiges Roggenbrot 36, 1 Semmel gleich 38 Gramm 4, Backgeld 4, Milch pro Liter 42. — Kartoffeln 8, Auslandszwiebel 45, Rhabarber 40, Spinat 40 bis 50, Kopfsalat pro Stück 5—10, Oberrüben pro 5 Stück 25, Mohrrüben 1 Bund 20. — Landeier pro Stück 17, ausgesuchte Eier am Markte pro Stück 18, Dessertbutter am Markte 310, Landbutter am Markte 280, Kochbutter am Markte 250, Weißkäse 60, 1 Bund Stroh gleich 20 Pfund 90, 1 Bund Heu gleich 10 Pfund 70, 1 Bund Klee gleich 10 Pfund 90, 1 Bund Raigras gleich 10 Pfund 90, 50 Kilogramm Siede 600.

Polizeichronik. Innerhalb 2 Tagen sind wegen polizeilicher Uebertretungen 11 Personen zur Anzeige gebracht worden und zwar: 3 Personen wegen gesundheitspolizeilicher Uebertretung, 3 Personen wegen Gewerbe- und Handelsverfehlungen, 3 Personen wegen Ruhestörung in betrunkenem Zustande, 2 Personen wegen Werfen mit Steinen an Vorübergehende. Eine W. M. brachte ihren Bruder F. W. wegen Bedrohung zur Anzeige. Eine L. B. zeigte einen K. E. wegen Obstdiebstahl und Sachbeschädigung an. Eine M. St. zeigte einen Sz. J. wegen Diebstahl und tätlicher Beleidigung an. Eine L. A. zeigte einen G. wegen Entwendung einer Ledertasche im Wartesaal 4. Klasse an. Ein R. Cz. aus Czeladz zeigte an, daß ihm im hiesigen Mittelkino eine Geldbörse mit 4 Zloty Inhalt entwendet wurde.

Die Kammerlichtspiele bringen wieder von Dienstag bis einschl. Donnerstag einen erstklassigen, humorvollen Film „Wien—Berlin" auf ihre Leinwand. Dieser Film, der vorwiegend ein Liebesspiel zwischen Wien und Berlin, also zwischen Donau und Spree darstellt, wirkt besonders heiter, da in ihm die Lustspielgrößen Charlotte Ander, Anita Dorris, Egon von Jordan und Wilhelm Diegelmann in den Hauptrollen mitwirken. Dieser Wiener Film wirkt angenehm auf seine Betrachter, man genießt ihn wie einen Straußschen Walzer. Da die ausgezeichnete Musik der Kammerlichtspiele zu diesem Film besonders geeignet ist, können wir zum Genuß einiger humorvoller Stunden den Besuch dieses Films nur empfehlen. Näheres im Inserat.

Berichtigung. Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes, sowie des Pressedekrets, ersuche ich namens der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei der Ortgruppe Siemianowice um Aufnahme nachstehender Berichtigung, die die Berichterstattung über die letzte Gemeindevertretersitzung betrifft: **Die deutschen Sozialisten bis auf einen gehen mit fliegenden Fahnen in das polnische Lager.** Es ist unwahr, daß die deutschen Sozialisten sich in irgend einer Form mit den polnischen Fraktionen verbunden haben. Wahr ist, daß sie gegen einen Antrag der Deutschen Wahlgemeinschaft stimmten, weil der Fraktionsführer der Deutschen Wahlgemeinschaft diesen Antrag nicht genügend begründen konnte und die deutschen Sozialisten in diesem eine reine Demonstration sahen, die nicht zur Zusammenarbeit mit den polnischen Mitgliedern der Gemeinde geeignet ist. Die deutschsozialistische Fraktion hat nicht selbständig gehandelt, sondern im Einverständnis mit dem Bezirk der D. S. A. P., welche von ihren Gemeinderatsmitgliedern fordert, daß sie selbständige Fraktionen bilden sollen. Der Grund zur Zurückziehung der Unterschriften des abgelehnten Antrages ist darin zu suchen, daß man uns im Laufe der Monate nicht ein einziges Mal über den Gang der Arbeiten der Deutschen Wahlgemeinschaft unterrichtet hat, mit der wir bereit waren, in verschiedenen Fragen zusammenzugehen. Die Fraktion der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei steht nach wie vor zu ihrer sozialistischen Ueberzeugung und wird gemäß den Parteibeschlüssen das Wohl der Gemeindebevölkerung in jeder Hinsicht zu schützen wissen, muß aber einseitige Demonstrationspolitik grundsätzlich ablehnen. Für die Fraktion der D. S. A. P. in der Gemeinde Siemianowice. Josef Mloczek.

Berichtigung. Unter der Ueberschrift „Selbstmord" brachten wir in unserer letzten Freitagnummer eine Nachricht über eine Frau Josefa Biskup aus Bielschowitz. Die Unglückliche ist nicht aus Bielschowitz, sondern aus dem benachbarten Bytkow.

Gottesdienstordnung:

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

Dienstag, den 23. August 1927:

7½ Uhr: Jungmädchenverein.

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 23. August 1927:

1. hl. Messe: Zum hlgst. Herzen Jesu auf die Intention der Familie Dziuba.
2. hl. Messe: Zum hl. Antonius in bestimmter Meinung.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 23. August 1927:

6 Uhr: Hl. Messe für verst. Theodor Pasieka.

Bleibt als drittes Problem die litauische Frage. Niemand als Polen wünscht eifriger die Aufnahme normaler Beziehungen zu diesem kleinen, aber infolge seiner geographischen Lage für die politische Konstellation im Osten bedeutungsvollen Land, allerdings mit der Einschränkung, daß dies nicht um den Preis irgendwelcher Revisionen der Wilnafrage geschehen dürfe. Von dieser Ausnahme abgesehen, würde Polen sich sogar bereit finden, Litauen gegenüber gewisse Zugeständnisse zu machen, nicht ohne den hierdurch erreichten Einfluß auf Litauen anderwärts wieder zu diskontieren. Man hat in der letzten Zeit so viel von geheimen und halboffiziellen Besprechungen geschrieben, hat vorgegeben, den amtlichen Charakter der Besuche des litauischen Professors Herbaczewski in Polen genau zu kennen, hat sich schließlich nicht gescheut, eine Wilnareise Pilsudskis mit all diesen Verständigungszeichen in Zusammenhang zu bringen, so daß eine, wenn auch nicht definitive und mehr theoretische Regelung des, wie man in Litauen sagt, polnisch-litauischen „Kriegszustandes" durchaus wahrscheinlich ist.

Was bleibt über Polens Verhältnis zu seinen übrigen Nachbarländern zu sagen? Weder mit Rumänien noch mit der Tschechoslowakei, noch mit Lettland besitzt Polen gemeinsame Berührungspunkte, die zu Konflikten führen könnten — oder wo sie vielleicht vorhanden sind, da besteht auf beiden Seiten der Wunsch, diese Möglichkeiten beizeiten aus dem Wege zu räumen. Die Beziehungen Polens zu diesen Ländern sind, um es mit einem Wort zu sagen, korrekt, und wo Polen vielleicht in bezug auf den einen oder anderen Staat geheime Absichten hegt, etwa in bezug auf Lettland und die übrigen Baltenstaaten, so wird es sich dort nicht so weit vorzuschieben wagen, um seine anderweitigen Beziehungen damit zu belasten.

Somit kann man die außenpolitische Lage Polens als beruhigend bezeichnen, und es ist nicht anzunehmen, daß hierbei in absehbarer Zeit eine Aenderung eintreten wird. Jedenfalls würde die Initiative hierzu wohl kaum von polnischer Seite ausgehen, denn für die heutige Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse muß jede von außen kommende Erschütterung die verhängnisvollsten Folgen zeitigen.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.